

Informationsstelle Peru e.V. | Kronenstraße 16 HH | 79100 Freiburg | GER

Axel Voss MdEP
ASP 15 E 146
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Informationsstelle Peru e.V.
Red Solidaridad Alemania-Perú

Kronenstraße 16 HH
79100 Freiburg | Germany

info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

T 0049-761-707 08 40

F 0049-761-70 98 66

Freiburg, 23.1.2023

Menschenrechte und Umweltschutz in Lieferketten: Das EU-Vorhaben darf nicht wirkungslos werden!

Sehr geehrter Herr Voss,

die Informationsstelle Peru und die Kampagne Bergbau Peru sind Mitglied in der Initiative Lieferkettengesetz. Denn: Für die peruanische Bevölkerung wäre eine Sorgfaltspflicht für europäische Unternehmen eine große Unterstützung bei Auseinandersetzungen um die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechten vor allem im Zusammenhang mit großen Kupferminen im Süden des Landes.

Europäische Unternehmen nehmen in ihren Lieferketten gefährliche Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung oder zerstörte Regenwälder in Kauf, obwohl sie durch ihre Marktmacht die Möglichkeit hätten, diese Zustände zu beeinflussen.

In Peru werden im Umfeld von Kupferminen Trinkwasser und Böden zur landwirtschaftlichen Nutzung verseucht, Umweltschützer*innen werden kriminalisiert und verfolgt, manchmal sogar getötet. Aufgrund der Energiewende wird der Bedarf an Kupfer in Deutschland und Europa weiter steigen. Umso wichtiger ist es uns, dass der Kupferabbau nicht mit Umweltverseuchung und Menschenrechtsverletzungen in Peru und anderswo einhergeht. Dies ist nur eines von unzähligen Beispielen, warum ein wirksames europäisches Lieferkettengesetz so wichtig ist.

Deshalb sind wir entsetzt über die Vorschläge, die Sie und andere Vertreter*innen der Europäischen Volkspartei (EVP) im Rechtsausschuss zu dem Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz eingebracht haben. Ihre Vorschläge würden das Vorhaben nahezu wirkungslos machen. Selbst das ohnehin lückenhafte deutsche Lieferkettengesetz müsste dann weiter abgeschwächt werden.

Gemeinsam mit den 130 Unterstützerorganisationen der Initiative Lieferkettengesetz fordern wir: Ein europäisches Lieferkettengesetz muss ausnahmslos die gesamte Wertschöpfungskette erfassen. Es muss präventiv wirken, also Menschenrechtsverletzungen, Umwelt-

und Klimaschäden verhindern, bevor diese eintreten. Und es muss Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen eine realistische Chance geben, Schadensersatz von den Unternehmen zu erstreiten, die sie geschädigt haben – und zwar vor Zivilgerichten in der EU.

Die von Ihnen im Rechtsausschuss eingebrachten Vorschläge würden das Gegenteil bewirken. Danach würde das Gesetz viel zu spät vollständig greifen, nämlich erst 2033. Vollumfänglich sollen die Sorgfaltspflichten nur im ersten Glied der Lieferkette greifen. Weiter in der Lieferkette sollen Unternehmen erst dann aktiv werden, wenn sie von dortigen Menschenrechtsverletzungen erfahren. Das heißt: Wenn der Schaden schon eingetreten ist. Ein Anreiz zum Wegschauen!

Die nachgelagerte Lieferkette und den Finanzsektor möchten Sie komplett ausklammern. Das bedeutet u.a.: Investitionen in Bergbauprojekte, die – wie wir oben am Beispiel Peru berichtet haben - zu massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden führen, würden nicht sanktioniert. Der Export giftiger Pestizide (auch dies betrifft Peru) oder Waffen wäre weiterhin möglich. Auch Klimaschutzmaßnahmen möchten Sie aus der Richtlinie streichen. Auch angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Klimakrise sind diese Forderungen für uns absolut inakzeptabel.

Die Initiative Lieferkettengesetz hat in Ihrem Schreiben an Sie weitere Kritik an Ihrem Vorstoß genannt, die wir in allen Punkten unterstützen.

Gerade angesichts der aktuellen Krisen ist es höchste Zeit, dass Unternehmen zur Achtung von Menschenrechten und Umweltschutz verpflichtet werden und die Krisenlasten nicht einseitig auf die Menschen des globalen Südens abwälzen.

Mit freundlichen Grüßen



Norma Driever
Vorstand Informationsstelle Peru



Heinz Schulze
Koordinationsteam Kampagne Bergbau Peru